

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 15.03.2010

Mit welchen Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, trotz der angekündigten Mittelkürzungen des Bundes das Schienennetz für den Hinterlandverkehr auszubauen?

Die Bahn müsse den Ausbau des Schienennetzes drastisch drosseln, so war am 4. März 2010 in der *Süddeutschen Zeitung* zu lesen.

Das Bundesverkehrsministerium hat erstmals eingeräumt, dass viele Neu- und Ausbauprojekte, die nach dem Bundesverkehrswegeplan zum vordringlichen Bedarf zählen, nicht gesichert sind. Bahnchef Grube erläuterte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bundestagsverkehrsausschuss, dass zentrale Projekte aus allen Bereichen des Schienenverkehrs betroffen seien.

Nach Berechnungen der Bahn müsste der Bund 1,8 Milliarden Euro pro Jahr einsetzen, um die Projekte des vordringlichen Bedarfs bis 2025 umzusetzen. Es werden aber nur 1,2 Milliarden Euro vom Bund bereitgestellt. Fazit: Es fehlen mehr als 500 Millionen Euro jährlich.

Nach Meinung vieler Beobachter machen die angekündigten Mittelkürzungen für den Schienenausbau deutlich, dass die Realisierung des Projektes Y-Trasse obsolet geworden ist und sich die Landesregierung jetzt dringend alternativen, besseren und auch preisgünstigeren Ausbaumaßnahmen zuwenden müsse.

Fast alle vorhandenen Gutachten bescheinigen den alternativen Ausbaumaßnahmen eine höhere Effektivität und eine schnellere Realisierbarkeit.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche alternativen und vor allem preisgünstigeren Ausbaumaßnahmen hat die Landesregierung, falls es nicht zum Bau der Y-Trasse kommen sollte?
2. Mit welchen kurzfristigen Maßnahmen will die Landesregierung gegebenenfalls den Hinterlandverkehr sichern?
3. Welche Maßnahmen leitet die Landesregierung ein, damit sich durch den Güterverkehr beanspruchte Trassenzeiten nicht negativ auf den regionalen Personenverkehr auswirken?

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin